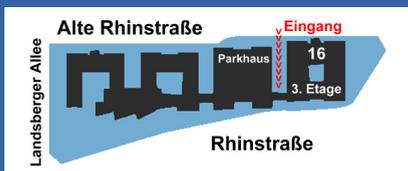


## Sie sind eingeladen, aktiv mitzumachen!

Wir treffen uns jeden Donnerstag-Abend um 19:00 Uhr bei Kaffee und Kuchen im Hauptstadtbüro der Bürgerbewegung pro Deutschland, Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin. Bitte beachten Sie die Wegbeschreibung!

Wir würden uns sehr freuen, Sie in unserer Runde begrüßen zu können. Ob jung oder alt, Mann oder Frau: Wir brauchen viele fleißige Menschen, viele helfende Hände!



## Petition an den Bundestag

Gemäß Artikel 17 des Grundgesetzes richte ich folgende Petition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages: Der Bundestag wird aufgefordert, das sogenannte „Kirchenasyl“ in Deutschland nicht mehr anzuerkennen. Die Kirchen sollen vom Bundestag dazu angehalten werden, keine Anreize mehr für Armutsmigration nach Deutschland zu schaffen.

*Vor- und Zuname*

*Straße und Hausnummer oder Postfach*

*Postleitzahl und Wohnort*

- Ich möchte regelmäßig über Aktionen informiert werden
- Ich möchte kostenlos und unverbindlich Info-Material erhalten
- Ich möchte aktiv bei pro Deutschland mitarbeiten

*Ort und Datum*

*Unterschrift*

*Telefon*

*eMail*

Bitte ausschneiden und einsenden an: pro Deutschland - Alte Rhinstraße 16 - 12681 Berlin

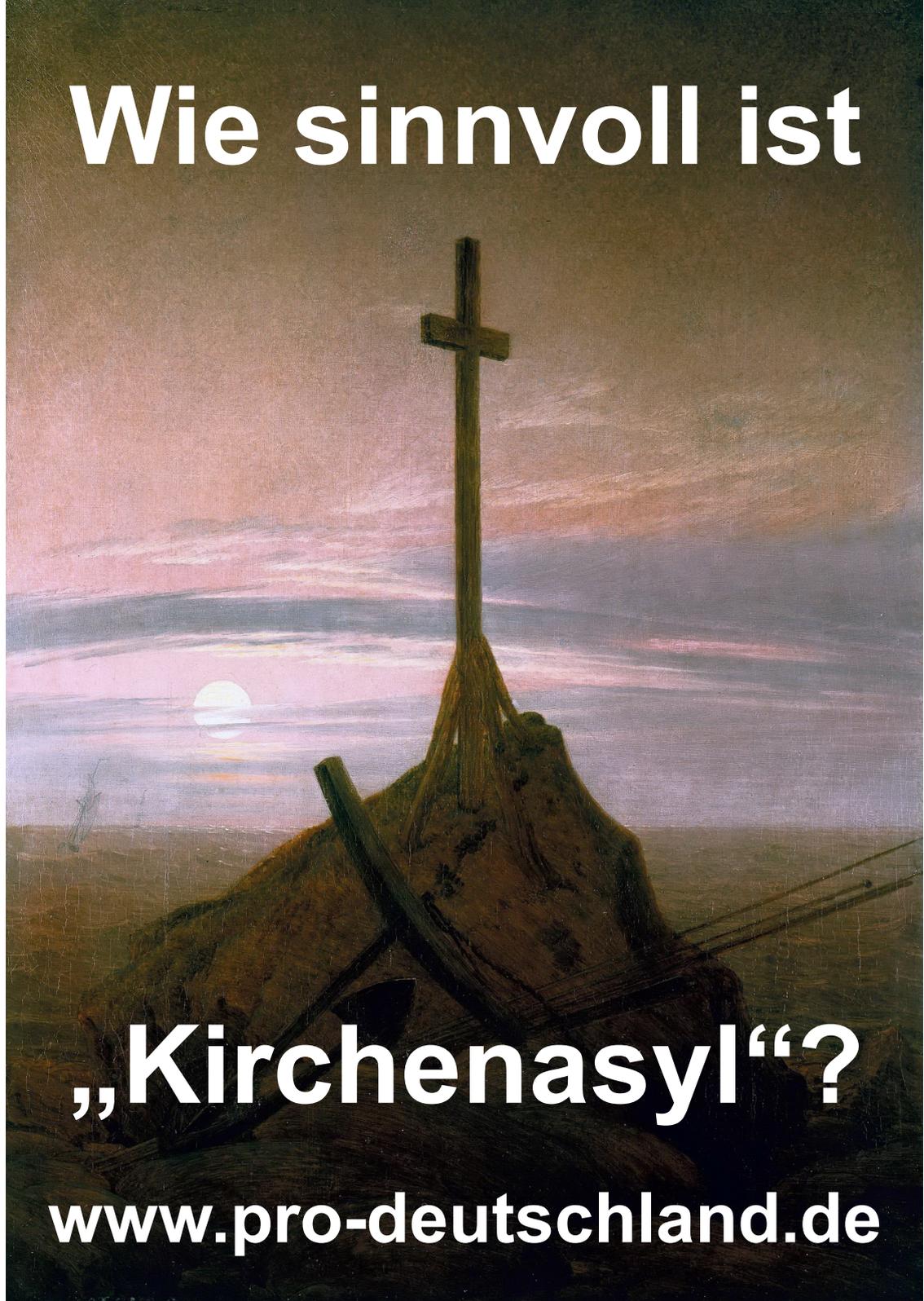
V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin / Druck: Eigendruck



# Wie sinnvoll ist

# „Kirchenasyl“?

[www.pro-deutschland.de](http://www.pro-deutschland.de)



# BÜRGERBEWEGUNG



## pro Deutschland

### „Kirchenasyl“ in Steglitz

**Die Dreieinigkeitskirche in der Südenstraße hat sich überregional einen Namen gemacht, weil sie ein sogenanntes „Kirchenasyl“ gewährt.** Treibende Kraft ist dabei mit Pfarrer Gottfried Martens eine durchaus respektable Persönlichkeit, deren Engagement wir sehr ernst nehmen.

Aber wir sind in der Sache - bei allem gebotenen Respekt - anderer Meinung und bitten Sie, unsere Petition gegen Kirchen-Asyl zu unterschreiben. Denn „gut gemeint“ ist oft das Gegenteil von „gut“.

### Bevölkerungswachstum und Flucht

Krieg und politische sowie religiöse Verfolgung sind weltweit eine nachgeordnete Fluchtursache. Die wichtigste Fluchtursache ist Armut. Die Bevölkerung der Entwicklungsländer wächst wöchentlich um annähernd eine Million Menschen.<sup>1)</sup> In den Industrieländern schrumpft sie dagegen. Viele Neubewohner unseres Planeten werden in völlige persönliche Perspektivlosigkeit hineingeboren, für die schlechte oder gar keine Bildungschancen, eine mangelhafte medizinische Versorgung und unzureichende Erwerbsmöglichkeiten charakteristisch sind.

Deutschland stellt jährlich EUR 8,5 Milliarden für die Entwicklungshilfe zur Verfügung.<sup>2)</sup> Von ihr profitieren mehr als 80 Länder mit insgesamt mehr als zwei Milliarden Einwohnern.<sup>3)</sup>

Die Unterbringung von Asylbewerbern kostet uns dagegen jährlich zwischen 20 und 55 Milliarden EUR, von denen etwa eine Million Asylbewerber profitieren.<sup>4)</sup> Gehen wir von etwa 30 Milliarden EUR jährlichen Kosten im Mittel aus, dann wendet der Staat pro Jahr und Asylbewerber EUR 30.000 auf. Den Menschen in den Entwicklungsländern lässt er dagegen pro Jahr und Person gerade einmal etwas weniger als fünf EUR zukommen. Das ist ein absurdes Missverhältnis!

Zwar ist die deutsche Entwicklungshilfe oft ineffektiv. Trotzdem bewirkt jeder in den Entwicklungsländern investierte Euro für die betroffenen Menschen bei weitem mehr als ein Euro, der für Asylbewerber in Deutschland ausgegeben wird.

Würden wir einen erheblichen Teil der rund 30 Milliarden EUR jährliche Aufwendungen für Asylbewerber in die Bildung und praxisorientierte Ausbildung von Menschen in den Entwicklungsländern investieren, dann könnte ein Teil der betroffenen Länder gute Perspektiven für einen selbstbestimmten Weg in die Moderne finden. Mit der jährlichen Aufnahme des Bevölkerungswachstums dieser Länder von nur einer Woche in Deutschland ist dagegen niemandem geholfen. Europa müsste mehr als 50 Millionen Asylbewerber jährlich aufnehmen, um den aktuellen Status der Armutsentwicklung in diesen Ländern einzufrieren. Das ist nicht nur eine schlechte Perspektive, sondern gar keine: Das Problem des Anwachsens von Armut in der „Dritten Welt“ ist durch Migration nicht lösbar.

### Falsche Anreize

Das „Kirchenasyl“ schafft Anreize für die Armutsmigration aus den Entwicklungsländern nach Europa. Die meisten Menschen, die sich jetzt im „Kirchenasyl“ zum Christentum bekennen, waren zuvor in ihren Heimatländern Muslime. Sie tauschen die Chance auf ein materiell besseres Leben gegen die Taufe und den gelegentlichen Besuch des Gottesdienstes ein. Das mag aus der Sicht der Betroffenen ein nachvollziehbares Verhalten sein, löst aber nicht die Probleme in den Entwicklungsländern, weil es die dortige Bevölkerungsmehrheit im engeren Sinne des Wortes in der Perspektivlosigkeit zurücklässt.

Der Pfarrer verschafft sich auf Kosten des Staates einen scheinbaren „Bekehrungserfolg“. Denn die Kirche kommt nicht materiell auf für den Lebensunterhalt der im „Kirchenasyl“ lebenden Menschen. Die betroffenen Personen erhalten vielmehr die vollen staatlichen Bezüge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.<sup>5)</sup>

Insofern ist das „Kirchenasyl“ auch undemokratisch. Denn die Mehrheit der Deutschen (81 Prozent!) lehnt die Regierungspolitik der offenen Grenzen ab.<sup>6)</sup> Der Pfarrer zwingt dieser Bevölkerungsmehrheit seine eigenmächtige Schaffung von Anreizen für die Armutsmigration nach Deutschland ebenso auf wie die Übernahme zumindest eines erheblichen Teils der dadurch entstehenden Kosten.

### Quellen:

- 1) <http://www.weltbevoelkerung.de/publikationen-downloads/infografiken.html>
- 2) [https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen\\_fakten/haushalt/index.html](https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/haushalt/index.html)
- 3) [http://www.bmz.de/de/laender\\_regionen/laenderliste/](http://www.bmz.de/de/laender_regionen/laenderliste/)
- 4) <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-wie-experten-die-kosten-berechnen-a-1079811.html>
- 5) <http://ra-genge.de/kirchenasyl-kein-rechtsmissbrauch-nach-asylblg/>
- 6) <https://www.welt.de/politik/deutschland/article159400789/Mehrheit-der-Deutschen-lehnt-Fluechtlingspolitik-ab.html>